

55. CDU- Landesparteitag

18. März 2006

## **Rede des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Dr. Norbert Lammert**

Herr Tagungspräsident, Herr Ministerpräsident, Herr Vorsitzender, lieber Peter Müller, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

ich darf mich zunächst für den lebenswürdigen Empfang und die freundliche Einladung zu Ihrem 55. Parteitag ganz herzlich bedanken. Peter Müller hat natürlich Recht. Als er angefragt hat, konnte er nicht wissen, ob ich zusagen würde. Schon deswegen nicht, weil naturgemäß bei einer vergleichsweise kurzfristigen Anfrage nicht absehbar war, ob überhaupt noch eine Lücke im Terminkalender für diesen Nachmittag bestand. Da sie mit zumutbarem Aufwand gegenüber konkurrierenden Terminen mühelos hergestellt werden konnte, war es allein unter diesem Gesichtspunkt natürlich Ehrensache, dass ich zu diesem Landesparteitag kommen würde. Als jemand, der aus dem größten Bundesland der Republik kommt, nehme ich diese Einladung besonders gerne wahr. Nicht wegen der Größenordnung, sondern wegen der vielen Dinge, die uns miteinander verbinden. Dinge sowohl zwischen der CDU in Nordrhein-Westfalen und der CDU des Saarlandes als auch ganz persönlich zwischen Peter Müller und mir. Ich muss Ihnen allen, meine Damen und Herren, nicht erläutern, warum sowohl dieses Land als auch Nordrhein-Westfalen viel zu lange bei der Bewältigung des Strukturwandels unter sozialdemokratisch geführten Regierungen gelitten haben. Und wie gut es den Menschen an der Saar und an Rhein und Ruhr bekommen ist, dass es endlich wieder kompetente christdemokratische Führungsverantwortung gibt.

Wir haben in beiden Ländern, im Saarland wie in Nordrhein-Westfalen, Wirtschaftsstrukturen, die über viele Jahrzehnte geprägt waren von der Montanindustrie. Zu den politischen Gemeinsamkeiten gehört, dass wir früher als die verehrte Konkurrenz begriffen haben, dass die schlichte Verlängerung dieser stolzen Vergangenheit nicht in eine hinreichend sichere Zukunft führt. Dass wir uns verabschieden müssen von Strukturen, die uns lieb und teuer geworden sind, weil die Zukunft und die Arbeitsplätze auf anderen Feldern gesucht und gefunden werden müssen als in der montanindustriellen Vergangenheit. Als jemand, der in Nord-

rhein-Westfalen noch länger als die Saarländer unter den politischen Verhältnissen gelitten hat, kann ich nun mit besonderer Überzeugung darauf hinweisen: Der Strukturwandel hat in den Jahren, in denen Sozialdemokraten die Verantwortung hatten, nicht so schnell stattgefunden, wie er hätte stattfinden müssen. Er wird jetzt unter zugegebenermaßen nicht unbedingt gemütlichen Voraussetzungen tatkräftig angepackt. Es wird den Menschen jetzt die Wahrheit über die Verhältnisse und damit gleichzeitig eine Zukunftsperspektive eröffnet. Ich will deswegen die hinreichend begründete Verbundenheit zwischen unseren beiden Ländern mit der ausdrücklichen Gratulation an die Landesregierung verbinden. In wenigen Jahren ist es im Saarland gelungen, eine Verbesserung zu erzielen, die dieses kleine Land an der Saar von manchem größeren in der Republik auf eine ausgesprochen vorteilhafte Weise unterscheidet.

Peter Müller hat meine Zusage, an diesem Parteitag mitzuwirken, mit der Großzügigkeit belohnt, auf die Vorgabe eines Themas für meine Rede zu verzichten. Das ist, wie Sie sich denken können, eine wunderschöne Ausgangsposition. Sie haben gerade nochmals bekräftigt, ich könnte tatsächlich über alles reden, nur nicht zu lange. Das erste sage ich Ihnen ausdrücklich zu, um das zweite werde ich mich bemühen.

Ich war eigentlich darauf vorbereitet, dass – nach dem ausgedruckten Programm – meine Rede vor der Entlastung des alten Vorstandes und der Eröffnung der Wahlgänge für den neuen Landesvorstand hätte stattfinden sollen. Deshalb habe ich mir eigentlich als krönenden Höhepunkt meiner Rede vorgestellt, Ihnen dringend zu empfehlen, den alten Landesvorstand zu entlasten und, wenn Ihnen nichts Besseres einfällt, den bisherigen Vorsitzenden wieder zu wählen. Der Pointe ist nun leider missglückt, da Sie auch ohne diese Empfehlung das getan haben, was ich für vernünftig halte: Peter Müller mit einem grandiosen Ergebnis zum Landesvorsitzenden wieder zu wählen. Deswegen ist jetzt die zweite Gratulation fällig. Lieber Peter Müller, ich gratuliere dir zu diesem grandiosen Erfolg, erneut in deinem Amt bestätigt worden zu sein.

Wir haben, meine Damen und Herren, ein spannendes Jahr hinter uns und ein möglicherweise ähnlich spannendes vor uns. Es lohnt, gelegentlich daran zu erinnern, dass wir ein Jahr hinter uns haben, in dem es gleich drei Regierungswechsel gegeben hat. Der erste in Schleswig-Holstein war gänzlich überraschend. Den haben noch nach Auszählung der Wahlergebnisse manche nicht für möglich gehalten. Es gab einen zweiten Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen. Der war schon deswegen sicher zu erwarten, weil wir – gelegentlich mit der vor-

getäuschten Ankündigung, es sollte zwischendurch bereits stattfinden – 40 Jahre lang dafür gearbeitet haben. Dies diente aber nur der Verunsicherung der Konkurrenz, um dann im letzten Jahr so überzeugend zuzuschlagen, dass es am Wahlabend nicht nur in Düsseldorf, sondern auch in Berlin so deutlich im Karton gerappelt hat, dass der damalige Bundeskanzler, an den sich ja kaum noch jemand erinnert, in einem seiner letzten funktionierenden Reflexe zu der Einsicht gekommen ist, dass es wohl das Vernünftigste wäre, den Griffel freiwillig weiterzureichen, statt sich noch weitere eineinhalb Jahre durch das Amt zu quälen.

Es hat dann im Herbst des Jahres Bundestagswahlen gegeben, mit denen wir eigentlich im Verlaufe der zweiten Hälfte dieses Jahres gerechnet hatten. Auch dieser Landesparteitag, der, wie ich weiß, in der saarländischen CDU langfristig konzeptionell vorbereitet wird, musste vertagt werden.

Nun haben wir diese Bundestagswahl längst hinter uns. Ein neuer Bundestag ist gewählt und konstituiert. Wenn Ihnen heute vor einem Jahr jemand gesagt hätte: Wir werden zu Beginn des Jahres 2006 nicht nur einen neu gewählten Bundestag, sondern auch eine neue Bundesregierung haben, die von CDU und SPD gleichzeitig gebildet ist und an deren Spitze Angela Merkel als Bundeskanzlerin steht, bin ich nicht sicher, ob der eine oder andere von Ihnen nicht am Urteilsvermögen des jeweiligen Redners gezweifelt hätte.

Inzwischen ist die Lage so, wie sie ist. Es ist nicht schlagartig in der Republik alles besser, aber vieles erkennbar anders geworden. Peter Müller hat das mit Blick auf die Debatten im Deutschen Bundestag vorsichtig angedeutet. Diese sind, mindestens was den Unterhaltungswert angeht, deutlich im Interesse gestiegen. Man erlebt jetzt ganz erstaunliche Situationen. Die politischen Kulturen im Lande verändern sich dramatisch. Immer mehr Sozialdemokraten spenden mit verzweifelter Begeisterung Applaus bei Auftritten von christdemokratischen Kollegen, wenn diese Argumente vortragen, die sie immer noch nicht für zutreffend halten. Daraufhin revanchiert sich wiederum der eine oder andere von uns mit freundlichem Beifall bei einem sozialdemokratischen Kollegen, wenn dieser etwas vorträgt, was wir auch früher schon für richtig gehalten haben, ohne es ausdrücklich zugeben zu dürfen. Die armen Kerle von der FDP müssen jede Vereinbarung, die zwischen den beiden Großen zustande kommt, aus Prinzip bekämpfen, obwohl sie jede einzelne dieser Vereinbarungen am liebsten selbst geschlossen hätten. Volker Kauder und Peter Struck treten längst auf wie Castor und Pollux und freuen sich wie zwei kleine Jungs bei Kindergeburtstagen, wenn noch keiner bemerkt hat, dass sie miteinander verwandt sind. So verändert sich allmählich das Klima in diesem Lande und alle sind – bevor das Geschäft so in seinem ganz ernsthaften Teil richtig begonnen hätte – zu-

nächst einmal beeindruckt von einer anderen Aufstellung der Akteure, auch von einer Verabschiedung einer viel zu lange dröhnenden Großspurigkeit mit der Neigung zur theatralischen Pose. Angela Merkel kann an schauspielerischer Begabung mit ihrem Vorgänger nur begrenzt konkurrieren. Genau deswegen ist sie so populär. Die Leute haben begriffen, dass die Zeit der Schauspielerei vorbei ist. Nüchternheit ist angesagt. Zwischen Politik und Theater gibt es eben nicht nur Parallelen, zu denen ein Ministerpräsident, dessen Namen mir jetzt entfallen ist, vor geraumer Zeit im Saarland mal eine bemerkenswerte Rede gehalten haben soll. Zwischen Politik und Theater gibt es nicht nur Gemeinsamkeiten, sondern es muss auch Unterschiede geben. Die Menschen legen offenkundig wachsenden Wert darauf, dass diese Unterschiede auch wieder klar werden. Dass wir uns um die Aufgaben kümmern, die wir übernommen haben. Dass wir es nicht mit der Pose der Allzuständigkeit tun. Nicht den Eindruck erwecken, als sei die schlichte Übernahme von Ämtern schon der Ersatz für die Lösung der Probleme, sondern dass wir mit der gebotenen Ernsthaftigkeit an die Arbeit gehen. Genau das findet statt und ganz offenkundig mit einer im Ausmaß gleichwohl erstaunlich breiten Zustimmung und Unterstützung der Wählerinnen und Wähler.

Nun bin ich wie viele von Ihnen, liebe Parteifreunde, nicht nur seit Jahrzehnten politisch engagiert. Ich bin auch seit vielen Jahrzehnten bekennender Fußballfan. Zu den auffälligsten Veränderungen im Lande gehört, dass zum ersten Mal – jedenfalls so lange ich mich erinnern kann – ein amtierender Bundeskanzler populärer ist als der Nationaltrainer der Nationalmannschaft. Das hat es nach meiner Erinnerung zuvor noch nie gegeben. Ich habe keinen Zweifel daran, dass die Leute heute eher bereit wären, Angela Merkel auch die Verantwortung über die Nationalmannschaft anzuvertrauen, als umgekehrt Jürgen Klinsmann die Bundesregierung führen zu lassen.

Im Übrigen glaube ich, können wir mit Zuversicht auf die Fußballweltmeisterschaft schauen. Inzwischen ist klar, dass der Nationaltrainer während des gesamten Turniers in Deutschland wohnen wird. Die Mannschaft soll auch in einheitlichen Trikots antreten, so dass jedenfalls das gemeinsame Auftreten sichergestellt erscheint. Sie mögen aus dieser ironischen Bemerkung eines bekennenden Fußballfans entnehmen, dass ich auf dieses große Ereignis des Jahres 2006 nicht nur mit den Augen eines Sportfans schaue. Ich habe daneben Aspekte im Auge, die bei nüchterner Betrachtung tatsächlich noch wichtiger sind als die Frage, wie hoch wir das Endspiel gewinnen. Diese Fußballweltmeisterschaft 2006 wird auf absehbare Zeit nicht nur das größte internationale Medienereignis sein. Es wird in den nächsten 10, 15, vielleicht 20

Jahren kein vergleichbares Ereignis mehr geben, bei dem die Aufmerksamkeit der Welt in ähnlicher Weise auf diesem Land liegen wird wie in den vier, fünf Wochen von Anfang Juni bis Anfang Juli. Deswegen ist dies, glaube ich, ein guter Anknüpfungspunkt für die Beschäftigung mit der politischen Lage der Nation und der Verantwortung, die sich daraus für uns ergibt. Das Motto dieser Fußballweltmeisterschaft lautet „Zu Gast bei Freunden“ – in der englischen Version „A time to make friends“, was nicht völlig anders, aber auch nicht ganz dasselbe ist. Das Zweite macht noch eine Spur deutlicher, woran die Chance eines solchen großen weltweiten Ereignisses liegt: nämlich Gelegenheit zu haben, Freundschaften zu begründen, zu pflegen, zu stiften. Und in einem noch weiteren Sinne Sympathie für dieses Land zu erzeugen, auch Zuversicht in seine Zukunftsperspektive zu vermitteln.

Damit sind wir bei einem der ganz wesentlichen Punkte der Selbstbesinnung auf Lage und Perspektiven dieses Landes. Mir fällt auf, wenn ich Gäste aus allen Teilen der Welt habe, dass Berlin inzwischen politisch gewissermaßen zu einem der bevorzugten Wallfahrtsorte der Welt geworden ist. Wenn ich Besuche von Parlamentspräsidenten, Ministerpräsidenten, des chinesischen Staatspräsidenten und wem auch immer habe, ist deren Zutrauen in die Kraft dieses Landes und seiner künftigen Rolle in Europa und der Welt inzwischen deutlich ausgeprägter als das Vertrauen, das viele Menschen in diesem Lande selber zu ihren Zukunftsperspektiven haben.

Es gibt eine in den vergangenen Jahren dramatisch gewachsene Diskrepanz zwischen der Neigung zum Selbstmitleid hierzulande und den Erwartungen, die andere Länder, unsere Nachbarländer und viele andere Partnerländer in der Welt, gerade mit Deutschland und seiner Rolle im vereinten Europa und weit darüber hinaus verbinden. Mit anderen Worten: Andere trauen uns inzwischen fast mehr zu als wir selbst. Dafür gibt es Gründe. Aber es gibt keinen vernünftigen Grund davon auszugehen, dass die Neigung zur Depression besser begründet sei als die Neigung zur Zuversicht. Der Punkt, der mir bei allen Umfragen der letzten Wochen und Monate am besten gefällt, ist nicht so sehr der wachsende Abstand zwischen CDU und SPD. Dieser gefällt mir auch, obwohl ich das mit Rücksicht auf die strenge Überparteilichkeit meines Amtes aus dem Protokoll zu streichen bitte. Von allen Umfragen der letzten Wochen und Monate gefällt mir die allmählich wieder entstehende, wachsende Zuversicht in diesem Lande, wonach die Zukunft besser wird als die letzten Jahre, am besten.

Diese wachsende Zuversicht äußert sich in fast jeder denkbaren Variante: Sowohl in der allgemeinen Frage „Wie schätzen Sie Ihre persönlichen Zukunftsperspektiven ein?“ als auch in

der konkreteren Variante „Und welche wirtschaftliche Entwicklung erwarten Sie?“. Am Spektakulärsten zeigt sich die zunehmende Zuversicht bei den Geschäftserwartungen der Betriebe und Unternehmen selbst, die in den jährlichen Indizes der Wirtschaftsforschungsinstitute den höchsten Wert der letzten 15 Jahre erreicht haben und somit eine Stimmung wiedergeben, die wir zuletzt zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung hatten. Nun verändert Optimismus alleine die Lage nicht, das weiß ich wohl auch. Aber dass man Probleme, die wir sicher haben, mit Zuversicht und Optimismus eher löst als mit der Entschlossenheit zur Depression, nach dem Motto, „Da ist eh nichts mehr zu retten!“, daran kann auch kein Zweifel bestehen. Ich nutze auch streng überparteilich diesen Parteitag gerne für die offizielle Mitteilung, dass im Grundgesetz Optimismus noch nicht verboten worden ist. Es ist zulässig und erlaubt, an die Herausforderungen dieses Landes mit Optimismus und Zuversicht heran zu gehen. Optimismus und Zuversicht werden wir allerdings brauchen, da in den vergangenen Jahren die Abteilung „Kulissen schieben und Wolkenreterei“ leider ausgeprägter war als die Befassung mit den konkreten Problemen und Herausforderungen dieses Landes.

Eine ganz zentrale und wichtige Herausforderung dieses Landes ist, sich endlich in aller Nüchternheit mit dem Umstand auseinanderzusetzen, dass wir die über viele Jahre und Jahrzehnte erarbeitete Spitzenposition, die dieses Land innehatte, in vielen Feldern inzwischen eingebüßt haben. Es gibt fröhlichere Botschaften als diese. Aber es gibt nur wenige, wichtigere Nachrichten als diese, wenn man sich mit den Realitäten auseinandersetzen will, in denen man sich befindet. Dass wir in Deutschland höhere Einkommen, ein höheres Vermögen pro Haushalt und mit Abstand stärkere Systeme der sozialen Sicherung haben als irgendwo sonst in der europäischen Gemeinschaft oder gar darüber hinaus, ist nicht vom Himmel gefallen, sondern hart erarbeitet worden – durch eine wirtschaftliche Entwicklung und Kraftanstrengung vieler Menschen in diesem Lande, von den 50er bis in die 80er und 90er Jahre hinein, in denen wir besser waren als andere und uns durch unsere stärkere Leistungsfähigkeit auch mehr erlauben konnten als andere. Heute befinden wir uns in einer Situation, in der wir auf vielen konkreten Feldern der wirtschaftlichen Entwicklung die Spitzenposition verloren haben. Wo andere ähnlich gut, in manchen Bereichen besser sind als wir und wir die Spitzenposition nur noch an zwei Stellen hartnäckig zu verteidigen geneigt sind: bei den Einkommen und bei der sozialen Sicherung. Es macht keinen Sinn, Illusionen darüber zu pflegen, dass dies auf Dauer nicht gelingen kann. Wir werden entweder wieder Spitze und können auch in Zukunft die Spitzenreiter bei Einkommen und sozialer Sicherung sein. Oder wir geben uns – im Verhältnis zu anderen Ländern – mit dem Durchschnitt zufrieden. Dann werden wir auch

nicht mehr als durchschnittliche Einkommens- und Versorgungsansprüche auf Dauer realisieren können. Ich weiß nicht, ob letzteres die sozialdemokratische Politikvariante ist. Aber eines weiß ich genau: Unser erklärtes Ziel ist das erstgenannte. Wir wollen zurück an die Spitze, und wir trauen uns das auch zu.

Wir können nur zurück an die Spitze, wenn wir nicht in einen Wettbewerb um Ausstiegsszenarien eintreten, sondern unsere Chancen da wahrnehmen, wo wir sie haben. Wo wir tatsächlich technologisch besser sind als andere. Wir müssen den Vorsprung, über den wir verfügen, auch tatsächlich nutzen und nicht durch eine verselbstständigte, ritualisierte Form der Bedenkträgerei auf die Vorteile, die wir haben, verzichten.

Die Situation hat sich gegenüber den 60er oder 70er Jahren mit Blick auf unsere Wettbewerbssituation in zweierlei Weise dramatisch verändert: Wir haben inzwischen längst einen europäischen Binnenmarkt. In diesem konkurrieren nicht nur Volkswirtschaften, sondern auch Standorte und Betriebe unmittelbar miteinander. Keine einzige deutsche Aktiengesellschaft betrachtet die bundesdeutsche Volkswirtschaft als das Spielfeld ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten. Bis auf ein oder zwei machen alle im DAX notierten, führenden deutschen Aktiengesellschaften inzwischen mehr Umsätze im Ausland als im Inland. Ich füge leiser hinzu: Und sie haben deswegen folgerichtig inzwischen auch mehr Beschäftigte im Ausland als im Inland.

Die zweite große Veränderung ist die Globalisierung, die weit über die Europäische Gemeinschaft hinaus diesen Wettbewerb immer dichter macht. Wir befinden uns heute in einer Welt, die wir uns in den 50er und 60er Jahren so noch nicht hätten vorstellen können. Eine Welt, in der wir – aufgrund der Entwicklung der modernen Informationsmedien und der Entwicklung des Transportsystems – über Mobilität und Informationsbedingungen verfügen, die zum Ergebnis haben, dass jede beliebige, verfügbare Information an jedem beliebigen Platz der Welt gleichzeitig verfügbar ist. Eine Welt, auf der nahezu jeder beliebige Standort innerhalb von 24 Stunden erreicht werden kann. Das verändert die Wettbewerbsbedingungen dramatisch und hat zur Folge, dass wir uns unter diesen Wettbewerbsbedingungen manches nicht mehr leisten können, was in der Vergangenheit zwar lästig, aber tolerabel war.

Ich erinnere mich noch gut an Zeiten, in denen sich auch damals schon deutsche Manager und mittelständische Betriebschefs wechselseitig darüber beklagt haben, wie hoch die Steuerbelastung und der Verwaltungsaufwand in Deutschland seien. Sie haben sich indes am Ende immer damit getröstet, dass ihre jeweiligen Konkurrenten diese Belastung auch hätten. Heute leben

wir in einer Welt, in der genau diese Belastungen ein wachsender Teil der Konkurrenz nicht mehr hat.

Nun gibt es zwei Möglichkeiten. Eine Möglichkeit ist zu sagen: Das ist eine Riesensauerei. Wir müssen endlich in der UNO durchsetzen, dass die Dauer von Verwaltungsverfahren, die Höhe der Lohnnebenkosten in Deutschland und selbstverständlich unsere Einkommensansprüche als Weltstandard definiert werden und auf diese Weise die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe gewährleisten. Interessanter Vorschlag – vermutlich aber nicht wirklichkeitsnah.

Da wir, praktisch betrachtet, jedenfalls in den nächsten zehn Jahren nicht damit rechnen können, dass sich der Rest der Welt unseren Standards anschließt, würde ich uns dringend empfehlen, uns mit der Frage zu beschäftigen, wie es in den nächsten zehn Jahren mit der Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe und unserer Unternehmen und damit unserer Arbeitsplätze weitergehen soll. Gelebt wird jetzt. Und Arbeit gibt es jetzt, oder nicht?

Die Finanzierbarkeit sozialer Sicherungssysteme stellen wir jetzt sicher – für diejenigen, die sie jetzt brauchen. Deswegen muss nun an die Stelle des Wunschdenkens die Befassung mit den Wirklichkeiten treten. Zu den vielen Missverständnissen der öffentlichen Debatte gehört die Behauptung, dass in modernen Volkswirtschaften alles Mögliche, aber keine Arbeit mehr entstünde. Das ist nicht wahr. Es entstehen nach wie vor Arbeitsplätze. Es entstehen nach wie vor auch Arbeitsplätze in deutschen Unternehmen. Wahr ist aber auch, dass diese immer seltener in Deutschland entstehen. Wenn Sie heute Nachmittag nach Hause kommen, empfehle ich Ihnen einen kurzen Gang durch die eigene Wohnung unter besonderer Berücksichtigung der Elektrogeräte. Für jedes deutsche Gerät, das Sie finden, können Sie eine Flasche Sekt aufmachen. Ich sage Ihnen im Voraus: Sie werden sicher nicht besoffen. Was folgt daraus? Erstens, die Nachfrage nach diesen Produkten ist keineswegs eingebrochen. Ganz im Gegenteil. Kein Kinderzimmer ohne Zweitfernsehgerät. Die Anzahl der Handys pro Haushalt ist inzwischen größer als die Anzahl der Festanschlüsse usw. Die Nachfrage ist nicht nur nicht eingebrochen, sie ist weiter kontinuierlich gestiegen. Zweitens, kein Mensch kauft in erster Linie deutsch, sondern in erster Linie preiswert. Ich sage ausdrücklich nicht billig, sondern preiswert. Deswegen gehört zu diesem Appell, sich um die Wirklichkeiten zu kümmern, auch der Aufruf zur Kenntnis zu nehmen, dass unser eigenes Verhalten als Nachfrager zwangsläufig Folgen für unsere Aufstellung als Anbieter, als Wettbewerber hat.

Es gäbe in Deutschland überhaupt keine Automobilindustrie mehr, wenn nicht ein immer größerer Teil der Aggregate jedes in Deutschland endmontierten Fahrzeugs in Polen, in der Tschechischen Republik oder in Ungarn hergestellt würde. Weil kein einziger von uns ein komplett in Deutschland produziertes Fahrzeug zu den Kosten, die es verursacht, kaufen würde. Das heißt, wir operieren entweder in Kontexten, die weit über die Grenzen unserer Volkswirtschaft hinausgehen, oder wir melden uns aus der modernen Weltwirtschaft ab.

Nach der Ankündigung, nicht alles enzyklopädisch behandeln zu können, möchte ich den Blick auf eine große Baustelle richten: das System der sozialen Sicherung. Wenn heute das Stichwort „Sozialstaat und Zukunftsperspektiven des Sozialstaats“ fällt, denkt die Mehrheit sofort an Abbau und Demontage – nicht im Sinne einer zukünftigen Entwicklung, sondern im Glauben, dass es längst so ist. Dafür gibt es im Übrigen Anknüpfungspunkte – was auf der einen Seite steigende Beitragsverpflichtungen und auf der anderen Seite stagnierende oder gar zurückgefahrenere Leistungsansprüche betrifft.

Ich möchte Sie auf zwei, drei Zahlen aufmerksam machen, die die Frage der Zukunftsperspektive des Sozialstaates und die damit verbundene, weit verbreitete Vermutung, wir befänden uns jetzt – biblisch gesprochen – in der Zeit nach der Vertreibung aus dem Paradies, ein bisschen relativieren. Als dieser Sozialstaat nach dem Zweiten Weltkrieg, nach Verabschiedung des Grundgesetzes – übrigens schon im Grundgesetz flankiert – durch die Staatszielbestimmung „Sozialstaat“ operativ in Gang gesetzt wurde, betrug am Ende der 50er und am Ende der 60er Jahre der Anteil der Sozialleistungen am damaligen Sozialprodukt ein Sechstel. In den 70er Jahren stieg der Anteil der Sozialleistungen an dem inzwischen höheren Sozialprodukt auf ein Fünftel. In den 80er Jahren stieg er bei nochmals wachsendem Sozialprodukt auf ein Viertel. Heute geben wir vom größten Sozialprodukt, das es in der deutschen Geschichte jemals gegeben hat, ein Drittel für Sozialleistungen aus. Ich halte das nicht für die typischen Kennzeichen, die einen Rückbau des Sozialstaates begründen könnten. Richtig ist: Je besser es den Menschen in diesem Lande gegangen ist, desto höher waren die Erwartungen an Absicherungen, die über den Sozialstaat geschehen. Wir haben – und darüber muss geredet werden – mit einer Situation zu tun, in der die tatsächliche gesellschaftspolitische Entwicklung in diesem Lande dadurch gekennzeichnet war, dass die Menschen in dem Maße, in dem sie mehr verdient haben und verstärkt die Möglichkeit hatten, über die Bestreitung des schieren Lebensunterhalts hinaus aus eigenem Einkommen Rücklagen zu bilden, nicht etwa die Schlussfolgerung gezogen haben, dass das Maß an individueller und kollektiver Versicherung

und Absicherung zugunsten stärkerer individueller Versicherungen neu justiert werden könnte. Ganz im Gegenteil: Mit zunehmender individueller Leistungsfähigkeit sind die Ansprüche auf gesamtgesellschaftliche Absicherung ständig gestiegen.

Der Bundeshaushalt, um dies von der anderen Seite zu illustrieren, ist in groben Zahlen durch jährlich etwa 232 Milliarden Steuereinnahmen und 260 Milliarden Ausgaben gekennzeichnet. Dies ist eine hochinteressante Relation, die die Experten, damit es nicht allzu sehr auffällt und vor allem niemanden aufregt, „strukturelles Defizit“ nennen. Ein Begriff, der so harmlos ist, dass er in der Regel keinen Anlass für öffentliche Empörung bietet. Eine Diskrepanz im Übrigen, bei der eine bemerkenswerte Zukunftsfröhlichkeit zum Ausdruck kommt: die stillschweigende Erwartung, dass diese ehrliche Lücke irgendwann von den nachwachsenden Generationen aufgearbeitet würde. Der eigentlich aufregende Punkt ist indes folgende Relation: Aus dem Bundeshaushalt werden Jahr für Jahr alleine 80 Milliarden für die Stützung der Ausgaben des gesetzlichen Alterssicherungssystems ausgegeben, weil die Beiträge alleine bei Weitem nicht ausreichen, um die Ansprüche zu bedienen, die dieses gesetzliche System der Alterssicherung garantiert. Zu diesen 80 Milliarden für die Alterssicherung kommen 40 Milliarden für die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung. Hinzu kommen noch einmal etwa 40 Milliarden für die Finanzierung des Schuldendienstes, der sich aus den scheinbar selbstverständlichen Verlängerungen dieses so schön verharmlosten strukturellen Defizits der vergangenen Jahre angehäuft hat. Wenn man neben den 160 Milliarden, die damit schon verausgabt sind, noch die vergleichsweise bescheidenen 27 Milliarden berücksichtigt, die sich allein für die Finanzierung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten ergeben, dann ist gewissermaßen das, was der Steuerzahler dem Bund pro Jahr zur Verfügung stellt, bereits komplett weg.

Da ist noch keine Hochschule gebaut, kein Labor errichtet und kein Kilometer Autobahn finanziert. Mit anderen Worten: Für die Finanzierung des Bestehenden und der Vergangenheit haben wir das zur Verfügung gestellte Geld bereits verfrühstückt, bevor wir uns überhaupt mit der Zukunftsgestaltung dieser Gesellschaft befassen. Ich glaube, man muss wirklich kein genialischer Ökonom sein, um zu der Erkenntnis zu kommen, dass es so nicht weitergehen kann und diese Gesellschaft die Proportionen zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft neu sortieren muss. Jedenfalls dann, wenn sie eine Zukunft haben will. Dazu sind wir wiederum im Grundgesetz nicht verpflichtet. Ich halte dies trotzdem für einen interessanten Gedanken.

Die meisten von Ihnen werden in diesen Tagen die bemerkenswerten, allerjüngsten Zahlen zur demografischen Entwicklung in Deutschland gelesen haben. Diese Zahlen sind übrigens im Kern nichts Neues. Von aufregenden Trendveränderungen ist da – leider, muss man fast sagen – keine Rede. Im Gegenteil, es bestätigt sich ein Trend, den wir seit vielen, vielen Jahren beobachten. Im letzten Jahr sind in Deutschland rund 670.000 Kinder geboren worden. Es sind mittlerweile mehr als 30 Jahre her, seit zum letzten Mal in Deutschland pro Jahr mehr Kinder geboren wurden als Menschen gestorben sind. Selbst im Jahr 1946, im ersten Jahr nach dem Zweiten Weltkrieg, war die Zahl der Geburten mit 920.000 weitaus größer als im Jahr 2005. Dazu wird Ihnen etwas einfallen – mir fällt vieles dazu ein. Mit Blick auf die versprochene, begrenzte Redezeit trage ich dies jetzt nicht vor. Im Kern bedeutet diese Entwicklung, dass sich unsere Gesellschaft – in einer famosen intellektuellen Akrobatik – dazu entschlossen hat, die Zahl der jährlich geborenen Kinder und damit der nachwachsenden Generation bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Ansprüche an ein möglichst hohes Maß an sozialer Absicherung so klein wie möglich zu halten.

Das kann aber nicht gehen. Es kann selbst dann nicht gehen, wenn haushohe Mehrheiten im Deutschen Bundestag, im Saarländischen Landtag und meinetwegen auch in der Vollversammlung der Vereinten Nationen dies beschließen würden. Dieses System sozialer Sicherung, das in Deutschland besteht, baut auf der damals selbstverständlichen Voraussetzung auf, dass es eine nachwachsende Generation gibt, die die finanziellen Verpflichtungen bedient, auf die sich die Rechtsansprüche der Empfänger dieser Leistungen begründen und verlassen. Wenn sich diese Gesellschaft dazu entschließt, genau diese Voraussetzung aufzukündigen, dann kündigt sie damit dieses System sozialer Sicherung auf – wobei im Übrigen die umgekehrte Schlussfolgerung natürlich auch einigen Reiz hat. Vielleicht gibt es, wenn diese Zusammenhänge wieder in einer etwas stärkeren Weise transparent werden, auch bei dem einen oder anderen die Einsicht, dass es vielleicht doch die eher zumutbare Variante ist, dem Gedanken näher zu treten, auch Kinder großzuziehen, als sich von dem lieb gewordenen System sozialer Sicherung verabschieden zu müssen, das es ohne eine nachwachsende Generation gar nicht geben kann.

Es wird Sie nicht sonderlich erschrecken, wenn ich sage: Jede Regierung, die diese Themen aufgreift, wird nur schwer Popularitätstests gewinnen können. Als ich zu Beginn gesagt habe, dass mir die aktuellen Umfragewerte so gut gefallen, dann habe ich dies auch deshalb getan, weil ich weiß, dass wir sie nicht werden halten können, wenn wir uns mit den Herausforderungen nur theoretisch auseinandersetzen, für deren Lösung wir gewählt worden sind.

Zum Schluss möchte ich ein drittes Thema nennen, das jenseits dieser ganz handfesten Fragen der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und der damit verbundenen Zukunft unserer Arbeitsplätze und der Zukunftsperspektive sozialer Sicherung steht: die innere Verfassung dieses Landes. Ich habe selbst in den vergangenen Monaten – im Übrigen ohne ausdrückliches politisches Kalkül – eine Diskussion neu entfacht, von der ich fest überzeugt bin, dass wir sie führen müssen: die Diskussion, ob nicht jede Gesellschaft, wenn sie mit ihren Herausforderungen fertig werden will, ein Mindestmaß an gemeinsamen Überzeugungen und Orientierungen braucht, ohne die sie nicht konfliktfähig, geschweige denn handlungsfähig ist.

Man muss diese Debatte nicht notwendigerweise unter dem Begriff „Leitkultur“ führen. Ich sage immer, dass ich die Einigung auf diesen Begriff für absolut nebensächlich halte. Wir können uns auf jeden beliebigen Begriff einigen – sofern wir uns auf einen einigen wollen oder müssen. Aber die Debatte müssen wir führen. Die Debatte, ob eine Gesellschaft nicht neben den gesetzlichen Regelsystemen ein gemeinsames Fundament braucht, das nicht nur nachrichtlich in klugen Essays oder Büchern nachzulesen ist, sondern die Verhaltensmuster einer Gesellschaft prägt. Ich bin fest davon überzeugt, dass gerade in den zuvor beschriebenen Zeiten der Globalisierung, in denen die Welt immer größer und unübersichtlicher wird, das Bedürfnis nach Orientierung wächst. Und mit dem Bedürfnis nach Orientierung wächst erkennbar auch das Bedürfnis nach Identität, nach Klärung, wofür und wo man steht. Dies ist eine besondere Herausforderung in Gesellschaften, die über viele Jahrzehnte hinweg durch Zuwanderung gekennzeichnet waren und in denen es keine identischen Orientierungen, sondern unterschiedliche kulturelle Kontexte, Traditionen und Orientierungen gibt. Ich selbst komme aus dem Ruhrgebiet. Das ist die Region in Deutschland, die ohne Zuwanderung überhaupt nicht entstanden wäre, die den großen gigantischen Aufschwung seit der Zeit der Industrialisierung ganz wesentlich den Zuwanderern verdankt und in der man Glanz und Elend von Migration exemplarisch studieren kann. Gelungene und misslungene Formen von Integration: Da ich auch dieses Thema nur mit Stichworten ansprechen kann, wird den meisten von Ihnen auch ohne einzelne Erläuterung einleuchten, dass für das Gelingen oder Nichtgelingen von Integration eben nicht nur das Einkommensniveau oder der soziale Status von Bedeutung ist.

Hier haben wir ein großes Thema zu lange vernachlässigt und viel zu viele, insbesondere bei der verehrten politischen Konkurrenz, haben zu lange geglaubt oder mindestens behauptet, das flockige Bekenntnis zur Multikulturalität ersetze jede weitere Beschäftigung mit dem inneren Zusammenhalt einer Gesellschaft. Inzwischen ist durch eine Reihe, teilweise allerdings bitterer Erfahrungen deutlich geworden, dass Multikulturalität bestenfalls die Beschreibung eines Zustandes ist. Wir sind eine multikulturelle Gesellschaft in dem empirischen Sinne, dass wir Menschen mit ganz unterschiedlichen Herkünften, mit ganz unterschiedlichen kulturellen Orientierungen zusammenlegen. Aber Multikulturalität ist sicher kein Konzept. Eine Gesellschaft, in der alles gleichzeitig gilt, ist eine Gesellschaft, in der nichts wirklich gilt.

Zur Wirklichkeitsbeschreibung der Gesellschaft, in der wir leben, gehört eben nicht nur, dass Kulturen sich wechselseitig bereichern. Das tun sie, Gott sei Dank. Zur Wirklichkeitsbeschreibung einer Gesellschaft gehört vielmehr, dass sie sich gelegentlich auch kräftig im Wege stehen und die Begegnung von Kulturen nicht notwendigerweise Konsens stiftet, sondern auch heftige Konflikte. Zur Überlebensvoraussetzung jeder Gesellschaft gehört, dass glasklar geklärt sein muss, was im Konfliktfall gilt.

In diesem Zusammenhang gibt es dann den schlaun Hinweis darauf, dass alles geklärt sei. Schließlich hätten wir eine Verfassung, die für alle gilt, die in Deutschland leben. Richtig. Die in Deutschland geltenden Gesetze würden auch für alle gelten, die hier leben, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Auch richtig. Dabei wird aber übersehen oder verdrängt, dass Verfassungen und Gesetze nicht vom Himmel fallen, und übrigens auch nicht im Himmel konserviert werden, wenn es auf Erden turbulent wird. Jede Verfassung ist der in Rechtsnormen umgesetzte Ausdruck von historischen Erfahrungen, von kulturellen Traditionen, von religiösen Überzeugungen. Wenn dieser Bestand an gemeinsamen Überzeugungen verloren geht, warum auch immer, können Sie die Eieruhr danach stellen, wie lange die Verfassungsordnung noch Bestand hat, die auf genau diesen Voraussetzungen beruht.

Ich will Ihnen ein praktisches und besonders dramatisches Beispiel nennen: die berüchtigten, so genannten „Ehrenmorde“. Hier besteht bei deren Tätern aufgrund bestimmter kultureller Traditionen und Kontexte die höchst handfeste Erwartung, eine Beschädigung von Familienehre durch Selbstjustiz zu bereinigen, weil das Rechtssystem dieser Gesellschaft die dafür vermeintlich notwendigen Sanktionen nicht zur Verfügung stellt. Dass es sich hier nach unserer Rechtsordnung glasklar um Morde handelt, die wie andere Morde auch behandelt werden, ist völlig unstrittig. Das Aufregende ist, dass es in dieser Gesellschaft – ich finde den Begriff schon jetzt zu harmlos – Parallelgesellschaften gibt, bei denen ausdrücklich eine andere Er-

wartung an die Behandlung solcher Lebenssituationen besteht, als in dieser Rechtsordnung ausdrücklich formuliert wird. Zu sagen, „das wächst sich alles aus“, ist bestenfalls treuherzig, in Wahrheit lebensfremd, da alleine die wachsende Anzahl der Menschen, die aus solchen kulturellen Kontexten nach Deutschland kommen, in immer stärkerem Maße zu Ghettobil- dungen und zur wechselseitigen Bestätigung dieser alternativen Orientierungen als Alternati- ve zu der großen Gesellschaft, in der wir alle miteinander zusammenleben, führt.

Deshalb: Der Dialog der Kulturen muss sein – ich erlaube mir allerdings den technischen Hin- weis, dass wir zwischen Kulturen gar keinen Dialog führen können, sondern nur zwischen Menschen. Dann wird es praktisch indes viel komplizierter. Dieser oft beschworene Dialog der Kulturen ersetzt nicht die Klärung dessen, was hier gilt, wenn unterschiedliche Orientie- rungen nicht zur Übereinstimmung kommen.

Von Richard Schröder, bekanntlich kein Christdemokrat, angesehener Theologe und Vorsit- zender der SPD-Fraktion in der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR, gibt es den simplen Hinweis, er verstünde die ganze Aufregung über die Leitkulturdebatte nicht. Mit dem Begriff „Leitkultur“ würde doch nicht der Anspruch erhoben, dass unsere Überzeugungen anderswo gelten müssten. Wir brächten damit nur die ganz simple Erwartung zum Ausdruck, dass das, wovon wir überzeugt sind, hier in Deutschland Geltung haben muss. Da wir nie- mandem zumuten, nach Deutschland zu kommen, der nicht nach Deutschland will, wir ihm – ganz im Gegenteil – unter definierten Regeln anbieten, hier auch auf Dauer leben, auch diese Staatsangehörigkeit erwerben zu können, werden wir ihm gleichzeitig anbieten und meinet- wegen auch zumuten müssen, dass das nur unter der Bedingung gilt, dass die für diese Gesell- schaft und ihre Verfassungsordnung maßgebende Orientierungen die verbindlichen sind. An- ders geht es nicht.

Meine Damen und Herren, ich höre jetzt auf. Ich habe, wie versprochen, über das nicht ange- kündigte Thema geredet. Dies etwas länger als ich mir vorgenommen hatte und Sie mögli- cherweise befürchteten. Ich bedanke mich, dass ich hier sein konnte, dass ich vielleicht auch dem Einen oder Anderen Hinweise geben konnte, worüber wir gemeinsam nachdenken und woran wir gemeinsam arbeiten müssen, wenn dieser Landesparteitag zu Ende ist. Ich freue mich auf die Möglichkeit, dies mit Peter Müller, Peter Jacoby und vielen anderen in den nächsten Monaten und Jahren gemeinsam vorantreiben zu können. Und ich freue mich über jeden einzelnen von Ihnen, der nicht nur als Zuhörer, sondern auch als Mitstreiter an dieser Bewältigung einer hoffentlich grandiosen Zukunft mit zur Verfügung steht.